

**Antrag Nr. 3**

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die Vollversammlung der Arbeiterkammer**

## **Nein zur EU-Militärunion „SSZ“/„Pesco“ - Für Abrüstung und Rüstungskonversion**

Mitte November 2017 unterzeichneten 23 der 28 EU-Mitgliedsstaaten die „Ständige Strukturierte [militärische] Zusammenarbeit“ („SSZ“, bzw. englisch: „Pesco“ - „Permanent Structured Cooperation“) und brachten damit auf neuem Niveau eine EU-Militärunion auf den Weg.

Entgegen der vielfach herangezogenen „Begründungen“ dieses Schritts in Richtung „militärisches Kerneuropa“ und „EU-Armee“ mit dem Amtsantritt Donald Trumps im Weißen Haus, wurde diese weitere Militarisierung der EU bereits im Sommer 2016 auf deutsch-französische Initiative gestartet. Also zu einem Zeitpunkt, als noch niemand ernsthaft mit dem Sieg des jetzigen US-Präsidenten rechnete. Vorgestellt von den beiden Verteidigungsministern Deutschlands und Frankreichs Ursula von der Leyen und Jean-Yves Le Drian drängte die deutsch-französische Achse vielmehr schon im September 2016 auf eine „Erneuerung der GSVP“ („Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“) „im Rahmen“ einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO)“. Entsprechend euphorisch feierte die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen den Beschluss zur EU-SSZ denn auch als Startschuss einer „Europäischen Verteidigungsunion“ (sprich: Militär- und Kriegsunion) und wichtigen „Schritt in Richtung der Armee der Europäer“ – also einer Armee unter zentralem Brüsseler Kommando, für eine EU-Großmachtspolitik, wie sie 2016 mit der „EU-Globalstrategie“ von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen und in verschiedenen Strategiedokumenten festgehalten wurde.

Und während sich etwa das NATO-Mitglied Dänemark (neben Malta und Großbritannien) dieser Militärkooperation und EU-Kriegsunion verweigerte, unterzeichnete der Außenminister des neutralen Österreichs (noch unter Rot-Schwarz) in Brüssel die Nostrifizierungsurkunde für „SSZ/Pesco“ und bekräftigt die aktuelle schwarz-blaue Regierung im Regierungsprogramm die Teilnahme an der EU-SSZ und legt *dahingehend* auch ihr ausdrückliches „Bekanntnis zu Einsätzen unter internationaler Führung bzw. Mandatierung“ ab.

Dies beinhaltet neben der Beteiligung an globalen EU-Militärmissionen (z.B. im Rahmen der EU-Battlegroups) bzw. „substanzielle Unterstützung“ für EU-Einsätze zu leisten (via Personal, Material, Ausbildung, Infrastruktur „und Sonstigem“), auch die Verpflichtung einer „regelmäßigen“ Erhöhung der Militär- und Rüstungsausgaben! Anvisiert ist eine Erhöhung der Etats auf 2% des BIP, was in Österreich eine satte Verdreifachung von zuletzt knapp 2 Mrd. Euro (oder 0,65% des BIP) auf 6 Mrd. Euro bedeuten würde.

Anstatt dieser Hochrüstung und Verpulverung des Steuergeldes an Militärisch-Industrielle-Komplexe, bedarf es vielmehr einer internationalen Abrüstung und einer breitflächigen Rüstungskonversion (Umstellung industrieller Betriebe bzw. ganzer Industriezweige der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung).

Wohin die derzeitige Rüstungs- und Waffenexportpolitik führt, zeigt sich wie in einem Brennspiegel gegenwärtig an der unheiligen Allianz und Komplizenschaft Deutschlands mit Erdogans ebenso schmutzigem wie völkerrechtswidrigem Krieg gegen Afrin / Nordsyrien. Ausgestattet mit deutschen Leopard-Panzern führt die türkische Armee gemeinsam mit dschihadistischen FSA-Söldnern und Mörderbanden – die Hände zum Wolfsgruß der rechtsextremen Grauen Wölfe oder die Zeigefinger zum „Gottesgruß“ der Dschihadisten gereckt – ihren Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische rätedemokratische Selbstverwaltungs-Modell Rojava / Demokratische Föderation Nordsyrien. Ausgerüstet und aufmunitioniert mit deutschen Waffen droht der Bevölkerung der mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten selbstverwalteten Kantone Nordsyriens ein regelrechtes Massaker. Afrin, zugleich auch größtes Siedlungsgebiet der Jesiden in Syrien und bedeutende Heimat der alevitischen Minderheit Syriens, mit seinem demokratisch verfassten, einträchtigen, multiethnischen und multireligiösen Zusammenleben aller Völker Syriens, ist dem türkischen Staat schon lange ein Dorn im Auge. Während die Türkei mit ihrem Feldzug gegen den Kanton und völkerrechtswidrigen Einmarsch in Syrien gleichzeitig das bislang konfliktloseste Gebiet des Landes – und daher seit 2012 auch bisherige Zufluchtsstätte für rd. 300.000 Schutzsuchende aus anderen Teilen des Landes – mit Blut und Asche überzieht, brummen dahinter die Rüstungsgeschäfte. Nach Auskunft des deutschen Wirtschaftssekretärs Matthias Machnig gab es seit Anlaufen des zynisch „Operation Olivenzweig“ genannten Militärschlags alleine im Jänner und Februar (2018) 34 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter und Waffenlieferungen an die Türkei (und damit sogar ein Mehrfaches an genehmigten Rüstungsexporten als im Vergleichszeitraum 2017). (Und laut dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ fließt gleichzeitig ein erklecklicher Teil der EU-Gelder aus dem Flüchtlingspakt mit der Türkei direkt in die Anschaffung von gepanzerten Militärfahrzeugen.)

### **Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer:**

- *Die AK spricht sich für ein klares Nein zur EU-Militär- und Kriegsunion „SSZ“/„Pesco“ aus*
- *Die AK setzt sich demgegenüber für den Erhalt der Österreichischen Neutralität ein und macht sich für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik stark*
- *Die AK sagt Nein zur Hochrüstung EU-Europas und der anvisierten drastischen Erhöhung der Militär- und Rüstungsausgaben*
- *Die AK tritt für eine internationale Abrüstung und eine internationale wie nationale Rüstungskonversion ein*